

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1918**

12 (15.1.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-85328](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-85328)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Bechtaer Zeitung, Dammer Nachrichten), Zentralausgabe, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3,00 Mark, durch die Post frei ins Haus 3,42 M.; zweimonatlich 2,00 M., durch die Post frei ins Haus 2,25 M.; einmonatlich 1,00 M., durch die Post frei ins Haus 1,14 M. Einzelnummern 10 Pf. Probennummern acht Tage gratis u. franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Zeitspaltzeile ober deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die viertelzeitspaltzeile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind 6 bis 8 Tage zuvor einzuliefern. Telephonannahme schließt jedes Telephonatentrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mi. wochs), Heideblumen (Freitag).

(Das „Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft“ wird während der Kriegszeit nicht beigelegt.)

Nr. 12. | Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsst. Nr. 5. | Bechta, Dienstag, 15. Januar 1918. | Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg i. Gr.: W. Barelmann, Wäternstr. 51, Fernspr. 1032. | 85. Jahrgang

Museinandersetzungen über die Zukunft der besetzten Gebiete Russlands.

Erschließene Ablehnung russischer Forderungen.

W. B. Brest-Litovsk, 13. Jan. Die am 11. ds. Mts. konstituierte deutsch-österreich-ungarisch-russische Kommission zur Beratung der territorialen Fragen hielt am 11. und 12. ds. Mts. drei lange Sitzungen ab, die folgenden Verlauf nahmen:

Beratung territorialer Fragen.

Nach einer kurzen einleitenden Diskussion über Formfragen der Beratungen wurde zunächst festgestellt, daß an erster Stelle des abzuschließenden Friedensvertrages die Wiedergabe des Kriegszustandes zwischen den Kriegführenden Teilen ausgesprochen werden soll. Dagegen lehnte es Herr Trojtsch ab, anzuschließen hieran anzupropfen, daß die vertragsschließenden Parteien entschlossen seien, „fortan in Frieden und Freundschaft zu leben“. Herr Trojtsch fand, daß dies eine dekorative Frage sei, die nicht den Sinn der Beziehungen fernschicke, welche in Zukunft zwischen dem russischen und dem deutschen Volk bzw. den Völkern Österreich-Ungarns bestehen würden. Er hoffe, daß ganz andere Dinge die Beziehungen zwischen den Völkern beeinflussen würden. Nach einer Diskussion über diesen Punkt wurde beschloffen, auf den Gegenstand in einem späteren Zeitpunkt nochmals zurückzukommen.

Räumung der besetzten Gebiete.

Am weiteren Verlaufe der Besprechungen wurde festgestellt, daß Einvernehmen darüber herrsche, die Räumung der Gebiete der beiden Kriegführenden Parteien der besetzten Gebiete prinzipiell auf die Grundlage der vollen Geographik der besetzten Gebiete an der Räumung der von Russland besetzten Gebiete Österreich-Ungarns, der Türkei und Persiens zu knüpfen sei. In einem späteren Stadium der Verhandlungen wurde Perlen aus diesem Zusammenhang getrieben, da es nicht Kriegführender Teil sei. Herr Trojtsch sah vor, am Schluß den Satz einzufügen: „Russland verpflichtet sich, in möglichst schneller Zeit seine Truppen aus dem Gebiet der besetzten neutralen Persien herauszuführen, und fügte hinzu, daß ihm kein anderer Grund zu diesem Plan bewegen habe, als der Wunsch, das schreiende Unrecht zu betonen, das von der früheren russischen Regierung gegenüber einem neutralen Lande begangen worden sei. Hierzu bemerkte Staatssekretär v. Kühlmann, er begrüße diese Erklärung umso mehr, als auf Seiten der Zentralmächte für das die Kulturwelt der Völker die wichtigsten Elemente zu finden beständen, und sie nicht mehr wünschenswert, als daß die Völker in Zukunft frei von Unterdrückung ihre nationale Kultur pflegen könnten.

Es kam sodann zur Besprechung, an welchem Zeitpunkt die Räumung der besetzten Gebiete zu erfolgen haben werde. Der deutsche Vorschlag ging dahin, die Räumung an dem Zeitpunkt zu knüpfen, an welchem nach Friedensschluß Russland seine Streitkräfte demobilisiert haben werde. Die Räumung der besetzten Gebiete an der erfolgte Demobilisierung der russischen Streitkräfte zu binden, sei deshalb notwendig, weil Russland, bevor es seine Streitkräfte demobilisiert habe, infolge Veränderungen in seinem Regierungssystem und seinen Möglichkeiten jederzeit in der Lage wäre, wieder offensive Operationen durchzuführen. Herr Trojtsch sprach demgegenüber den Wunsch aus, die Räumung der besetzten Gebiete parallel mit dem Verlauf der beiderseitigen Demobilisierung durchzuführen, worüber nähere Vereinbarungen zu treffen wären. Auf einen Hinweis des Herrn v. Kühlmann, daß nach dem russischen Vorschlag die Räumung der besetzten Gebiete sich zum Abschluß des allgemeinen Friedens hinanzusetzen müsse, wurde die Beratung über diesen Punkt abgebrochen.

Es gelangte nun die Frage zur Erörterung, auf welche Teile der besetzten Gebiete sich die Räumung zu erstrecken habe. Hierzu führte Staatssekretär v. Kühlmann aus: „Wie aus der Definition der Räumung hervorgeht, erstreckt sie sich auf diejenigen besetzten Gebiete, welche nach Teile des Staatsgebietes derjenigen Macht sind, mit der der Frieden geschlossen wird. Auf solche Gebiete, welche bei Eintritt des Friedens nicht mehr Teile dieses Staatsgebietes bilden, erstreckt sie sich nicht. Es würde also in eine Untersuchung einzutreten sein, ob und welche Teile des ehemaligen russischen Gebietes beim Eintritt des Friedens

nach mit zum russischen Reiche gehörend betrachtet werden können. Die russische Regierung hat entsprechend ihrem Grundsatze für alle in Russland lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis zu ihrer völligen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert. Wir behaupten, daß in Ausübung dieses Selbstbestimmungsrechtes in einigen Teilen der von uns besetzten Gebiete die zur Vertretung der von uns bevollmächtigten Körperschaften ihr Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Absonderung von Russland besetzt ausgeübt haben, daß nach unserer Auffassung diese Gebiete heute nicht mehr als zum russischen Reiche in seinem ehemaligen Umfang gehörig betrachtet werden können.“

Hierauf erklärte Herr Trojtsch: „Wir halten unsere Erklärung in vollem Umfang aufrecht, daß die Völkerschaften, die das russische Gebiet bedürfen, ohne äußeren Einfluß das Recht der Selbstbestimmung haben, und zwar bis zur Ausrottung von Russland. Wir können jedoch die Anwendung dieses Prinzips nicht anders anerkennen, als gegenüber den Völkern selbst und nicht etwa gegenüber gewissen privilegierten Teilen derselben. Wir müssen die Auffassung des Herrn Vorsitzenden der deutschen Delegation ablehnen, welche dahin ging, daß sich der Wille in den besetzten Gebieten durch tatsächlich bevollmächtigte Organe geäußert habe; denn diese tatsächlich bevollmächtigten Organe konnten sich nicht berufen auf die von uns proklamierten Prinzipien.“

Debatte über staatliche Rechtspersönlichkeit.

Anknüpfend an diese prinzipiellen Ausführungen entwickelte sich eine lange, hauptsächlich im theoretischen Rahmen geführte Debatte über die Frage, unter welchen Voraussetzungen und an welchem Zeitpunkt ein neuer Staat im Wege der Absonderung eines Bestandes eines existierenden Staates von diesem entsteht.

Staatssekretär v. Kühlmann fasste den Standpunkt der Zentralmächte in dieser Frage zusammen wie folgt: „Unsere Auffassung geht dahin, daß die Staatspersönlichkeit entsteht, wenn sie in der Lage ist, rasch verbindliche Erklärungen über die Grundlage ihres Daseins abzugeben oder irgend ein zur Vertretung und als Sprachrohr geeigneter Vertretungskörper als Ausdruck des ungeteilten Willens der überwiegenden Mehrheit des betreffenden Volkes den Entschluß zur Selbstständigkeit und zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes fassend. Später schen unternahm die russische Delegation und der russische Bevollmächtigte des Selbstbestimmungsrechtes inhaltlich näher zu kommen, als die von dem Vertreter der russischen Delegation hier niedergelegte Auffassung. Dem die wir uns bisher nicht gefast, wie der Körper entstehen oder beschaffen sein soll, welcher in den Grenzen, teils noch nicht organisierten, die Volkspersönlichkeit anstrebenden Völkern, die Organisationsmaß, das Notum auf breiter Grundlage vornehmend, die nach Ansicht des Herrn russisch, Vorstehenden die Voraussetzungen für die Entstehung dieser Rechtspersönlichkeit bilden. Hierbei wies Herr v. Kühlmann auf die Beispiele Finnlands und der Ukraine hin, welche sich jetzt im Sinne der deutschsowjetischen Grundzüge konstituieren hätten und welchen die Petersburger Regierung die Selbstständigkeit zuerkannt habe, obgleich ihre Entfaltung nicht nach den von ihr vertretenen Prinzipien erfolgt sei.“

Demgegenüber hielt Herr Trojtsch an dem von ihm vertretenen Standpunkt fest und bemerkte zu dem von dem russischen Staatssekretär ins Treffen geführten Beispielen folgendes: „Was Finnland betrifft, so war es nicht okkupiert von fremden Truppen. Der Wille des finnischen Volkes hat sich in einer Art und Weise geäußert, die als demokratisch bezeichnet werden kann und muß, und von anderer Seite konnte nicht die leiseste Einmischung dagegen erhoben werden, daß der geäußerte Wille des finnischen Volkes auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt wird. Was die Ukraine betrifft, so ist dort der Prozeß einer derartigen demokratischen Entfaltung noch nicht durchgeführt, da aber die Ukraine andererseits nicht besetzt ist, von ausländischen Truppen und wir auch der Ansicht sind, daß die Räumung des ukrainischen Gebietes durch die russischen Truppen keinerlei Schwierigkeiten bereiten kann, zumal dies eine rein technische und nicht ein politischer Frage ist, so sehen wir keinerlei Hindernisse dagegen, daß die Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes auf dem Wege der Anerkennung der unabhängigen ukrainischen Republik erfolgt.“

Das Ergebnis der beiderseitigen Ausführungen über diesen Punkt wurde vom Staatssekretär v. Kühlmann folgendermaßen zusammengefaßt: „Herr Trojtsch hat vorgeschlagen, Errichtung von Vertretungskörpern, denen die Organisation und

die Festlegung derjenigen Modalitäten übertragen werden soll, unter denen von uns einzuweisen rein theoretische konstituierte Volksabstimmungen oder Volkskonditionen auf breiterer Basis erfolgen sollen, während wir auf dem Standpunkt stehen und stehen bleiben müssen, daß mangels anderer Vertretungskörper die vorhandenen und hierorts gebildeten Vertretungskörper präsumiert der Ausdruck des Volkswillens sind, besonders in der einen vitalen Frage des Willens der Nation, eine Nation zu sein.“

Die Organe des Volkes in den besetzten Gebieten.

An der hieran sich anschließenden Debatte über den Charakter und die Bedeutung der in den besetzten Gebieten fungierenden Volksvertretungsorgane wies Staatssekretär v. Kühlmann und Minister des Innern Graf Czernin darauf hin, daß nach ihren Eindrücken die der russischen Delegation während der im Dezember gepflogenen Verhandlungen die Meinung vorgehanden gewesen sei, die in den besetzten Gebieten bestehenden Volksvertretungen als de facto-Vertretungen anzuerkennen und präsumieren, daß ihre Befugnisse als solche den Willen der betreffenden Völker zum Ausdruck brächten. Aus den weiteren Verhandlungen stellte sich jedoch ein anderer Standpunkt heraus. Herr Trojtsch erklärte, die in den besetzten Gebieten bestehenden Organe der Volksvertretung als provisorische Organe anzuerkennen, wenn diese Organe nicht militärisch besetzt wären und er würde diese dann auch die Befugnisse zuerkennen, das von ihm geforderte Referendum durchzuführen.

Herr Trojtsch erklärte hierauf, daß Aufhebungen von Landtagen, Stadtvertretungen und dergleichen als Verkörperungen des Willens eines bestimmten einflussreichen Teiles der Bevölkerung aufgefaßt werden könnten, aber nur Grund zu der Annahme bilden, daß das betreffende Volk mit seiner staatlichen Position unzufrieden sei. Hieraus ergebe sich die Schlussfolgerung, daß ein Referendum eingeholt werden müsse, wozu aber die Schaffung eines Organs Vorbereitung sei, das die freie Abstimmung der Bevölkerung garantieren könne.

Am weiteren Verlaufe der Besprechungen behauptete Herr Trojtsch, daß zwischen den Erklärungen der Zentralmächte vom 25. Dezember und der Formulierung der Punkte 1 und 2 vom 27. Dezember Widerspruch bestände.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte demgegenüber, daß beide Dokumente Absprüche desselben Geistes und derselben Politik seien, die der Reichskanzler in seiner programmatischen Rede im Reichstage angekündigt habe. Diese Rede habe im Grunde bereits die Deklaration der Verbündeten vom 25. Dezember enthalten und ebenso auch den Hinweis gebracht, daß die deutsche Politik ihre Beziehungen zu Polen Litauen und Rußland unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu regeln beabsichtige.

Des weiteren stellte sich Staatssekretär v. Kühlmann an auf den Standpunkt, daß die nach Absonderung strebenden Teile Russlands nach Abgabe der Willenserklärungen der schon bestehenden Organe jetzt schon berechtigt seien, Verabredungen zu treffen, die sie für ihre Zukunft für gut und nützlich hielten. Sollten sich in ihren Verabredungen Verfügungen hinsichtlich der Vornahme von Grenzkorrekturen finden, so sei es nicht einleuchtend, warum diese Gebiete in diesen Fragen nicht ebenso frei sein sollten, zu tun, was ihnen beliebt, wie die anderen.

Vertretung der besetzten Gebiete auf der Konferenz.

In Erwiderung auf diese Bemerkungen führte Staatssekretär v. Kühlmann aus: „Ich bin ganz bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form eine Vertretung von Vertretern der fraglichen Nationen an unseren Verhandlungen sich ermöglichen ließe. Herr Trojtsch glaubte in dieser Auffassung die Selbstbestimmung der besetzten Gebiete zu erblicken und warf die Frage auf, warum denn die Organe der fraglichen Völkerschaften dann nicht zu den Verhandlungen in Brest-Litovsk mit eingeladen worden seien, wenn sie sogar das Recht haben sollten, über Gebiete zu verfügen. An eine solche Teilnahme der Vertreter dieser Völker an den Verhandlungen werde aber natürlich nicht gedacht, weil eben diese Nationen nicht als Subjekte, sondern als Objekte der Verhandlungen betrachtet würden.“

troufen werden sollte, wenn russischerseits die in ihren Gebieten bestehenden Vertretungskörper nicht als berechtigt angesehen werden würden, im Namen der von ihnen vertretenen Nationen zu sprechen.

Herr Trojtsch beantragte hierauf, die Sitzung zu beenden, um es der russischen Delegation zu ermöglichen, eine Beratung abzuhalten und sich mit ihrer Regierung in Verbindung zu setzen.

Am der Sitzung vom 12. Januar teilnahm Staatssekretär v. Kühlmann das Ergebnis der vorhergehenden Verhandlungen und wünschte genaue Erklärungen der russischen Delegation über die Ausdrücke Subjekte und Objekte der Delegation.

Russische Auffassung über den Ausdruck des Volkswillens.

Russischer Delegierter Kameneff führte aus: Die russische Delegation sei nicht in der Lage, als Ausdruck des Volkswillens der okkupierten Gebiete die Erklärungen anzuerkennen, die von dieser oder jener sozialen Gruppe oder Einrichtung gemacht worden seien, soweit diese Erklärungen unter dem Regime der wunden Maßnahmen erfolgten und von Organen ausgingen, deren Theorie nicht von der Volkswille herüben, und die überhaupt in einem Rahmen stünden, der den Wünschen der militärischen Okkupationsbehörden nicht widerspräche. Die Delegation stellte fest, daß während der Okkupation nirgends, weder in Polen noch in Litauen noch in Rußland, irgendwelche demokratisch gewählte Organe wieder gebildet werden konnten noch existieren, die mit irgendwelchem Recht darauf Anspruch erheben könnten, als Ausdruck des Willens breiter Kreise der Bevölkerung zu gelten. Was das Wesen der Erklärung über das Streben zur vollen staatlichen Unabhängigkeit anbetreffe, so erlaube die russische Delegation:

1. Was der Zustand der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Reich des kaiserlichen russischen Kaiserreiches nicht die russische Regierung seine Schicksale, die irgendwelche staatsrechtliche Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete in Verhältnis zur russischen Republik aufzuerkennen würden. Die alten Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches, insbesondere gegen das polnische Volk, sind zusammen mit dem Fortismus verschunden. Die neuen Grenzen des brüderlichen Bundes der Völker der russischen Republik und der Völker, die außerhalb ihres Rahmens bleiben wollen, müssen gebildet werden durch einen freien Entschluß der entsprechenden Völker.

2. Deswegen besteht für die russische Regierung die Grundaufgabe der jetzt geführten Verhandlungen nicht darin, in irgendwelcher Weise das weitere Fortbestehen der besetzten Gebiete zu betreiben, sondern in der Sicherung der wirtschaftlichen Freiheit der Selbstbestimmung der inneren Staatsverwaltung und internationalen Lage der genannten Gebiete.

3. Die so verhandelte Aufgabe setzt voraus die vorhergehende Verständigung Deutschlands und Österreich-Ungarns von der einen, Russlands von der anderen Seite über ihre Punkte:

in Bezug auf den Umfang des Territoriums, dessen Bevölkerung berufen sein wird, das Selbstbestimmungsrecht auszuüben; in Bezug auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, bei welchen die Lösung der Frage von dem staatlichen Gesicht der entsprechenden Territorien und Nationen vollzogen werden soll; in Bezug auf das Übergangsregime, das bis zum Moment der endgültigen amtlichen Konstituierung dieser Gebiete bestehen soll;

in Bezug auf die Art und Form, in der die Bevölkerung dieser Gebiete ihren Willen kundgeben wird.

Die Gesamtheit der Antworten auf diese Fragen bilden die Paragrafen des Friedensvertrages, die den § 2 des deutschen Vorschlages vom 28. Dezember 1917 ersetzen sollen.

Die russischen Vorschläge.

Die russische Delegation schlägt ihrerseits folgende Lösung dieser Fragen vor:

ad 1. Das Territorium, das Selbstbestimmungsrecht nicht den Nationen und nicht ihren Teilen zu, die okkupiert worden sind, Russland beizubehalten ist, diese Gebiete weder direkt noch indirekt zur Annahme dieser oder der anderen Staatsform zu nötigen.

Die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns befragen ihrerseits kategorisch das Fehlen irgendwelcher Ansprüche sowohl auf die Einberufung in das Territorium Deutschlands und Österreich-Ungarns.

Schulkämpfe im Oldenburgischen Lande.

Unter vorstehender Ueberschrift ließ es in der „Oldenburgischen Volkszeitung“ vom 3. Januar d. J. der Oldenburgische Landtag veröffentlichen. Am 21. Dezember 1917 bis 18. Februar 1918. In der letzten Sitzung wurde die Resolution des Landtages über die Beschaffenheit der Schulverhältnisse im Oldenburgischen Lande zur Verhandlung gebracht. Ein Antrag auf Abänderung des Beschlusses wurde abgelehnt, besonders in sechs Punkten, wurde eingetragene. Punkt 2 lautete: Die Errichtung von Mittelschulen (Simultans) Schulen zuzulassen, und Beschlüsse 4 statt der jetzigen Oberrealschulen, die aufgegeben sind, das Ministerium als einzige Oberrealschulen einzurichten. Es lautet ganz unbedingte, die Errichtung von Mittelschulen zuzulassen; es wäre dann aber nicht mehr weit von der Errichtung der konfessionellen Schulen allgemein. Ohne vorläufig auf die Sache weiter einzugehen, würde die Frage sein, daß in den Städten Oldenburg, Nürtingen, Delmenhorst usw. mit bedeutenden katholischen Minderheiten die schulpflichtigen Kinder konfessionelle Schulen erhalten. Es ließe sich das ja so leicht mit jenen Mitteln, Beschaffung und Ersetzung und was schließlich geben würde, mit Berücksichtigung des Schulwesens begründen — auch Punkt 4 lautet für den Unterealschulen unbedingte. Bis jetzt bestehen ein katholisches Oberrealschulkollegium in Wehla, ein protestantisches Oberrealschulkollegium in Oldenburg. Was ist da natürlicher, als daß der Landtag verlangt, daß die Kollegien bereitgestellt werden, damit man das bei Gelegenheit die Schulfrage im Landtage behandeln kann. Bis jetzt betrat ein Minister die Schulangelegenheiten, es steht aber nichts im Wege, daß seitens der Regierung die Schulfrage beider Konfessionen als Regierungsangelegenheit gelöst werden. Wenn es sich soweit nicht gelöst ist, so lag offenbar kein Bedürfnis vor. Die freireligiöse Gruppe des Landtages verfolgt seit Jahren unermüdet das Ziel der Errichtung konfessioneller Schulen und der Errichtung von Mittelschulen und hält jetzt die Errichtung für geeignet, in dem vorgedachten Ziel einen bedeutenden Schritt weiter zu kommen. Was nimmt die katholische Bevölkerung und der Widerspruch der katholischen Bevölkerung? Man sollte meinen, die Befähigung der äusseren Gründe, die man immer wieder hinstellt, in Ansehung, und man sollte alles meiden, innere Ursachen und Zustände herbeizuführen, besonders aber auf religiösem Gebiet.

Aus dem oldbg. Münsterlande.

Westh., 15. Jan.

Die Versammlung des Kreisverbandes am letzten Sonntag war außerordentlich lebhaft besucht. Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden Prof. Adlers wurde ein Beschlusses über die Kinder aufgestellt. Der erste Teil geht die Kinder in der Nähe Westhems, wie sie sich über die Felder, die auf das baldige Kommen des Meffias hinweisen, unterhalten und über die Ereignisse in Westhems in der Tages der Volkszählung der Kinder. In der letzten Szene erschienen die buntefarbenen Wesen und bringen den Kindern die tolle Kunde von der Geburt des Erlösers. Der Schlußteil geht die Geburt des Erlösers ein. Es war eine Freude, zu sehen, mit welchem Eifer und welchem Genuß die Kleinen ihre Rollen darstellten. Damit gehörte dann auch Fräulein Achterin Löder, die das Spiel und die Gesänge einleitete. Der Schluß des Abends bildete ein von Herrn Lehrer Schwan einleitendes Weihnachtslieder-Popprout, das von Knaben tadelloso vorgetragen wurde. Geißel waren alle Anwesenden von dem Gebotenen recht bestrahlt.

WBA. Herabsetzung der Getreidepreise. In der letzten Zeit finden sich in der Presse hin und wieder Notizen über die für den 1. März 1918 vorgesehene Herabsetzung der Getreidepreise um 100 A für die Tonne, nach denen in den beteiligten Kreisen die Meinung zu herrschen scheint, daß diese Preisherabsetzung nur als Drohung ins Auge gefaßt worden sei, möglicherweise aber nur in gemildertem Maße, oder gar nicht eintreten werde. Diese Ansicht ist durchaus unzutreffend. Vielmehr wird die am 1. März 1918 eintretende Herabsetzung für Getreide, Buchweizen, Gerste und Hülsenfrüchte zur Zeit geltenden Höchstpreise um je 100 Mark für die Tonne geleistet bereits festgelegt worden, und zwar durch § 2 der Verordnung über den Ausbruch und die Inanspruchnahme von Getreide- und Hülsenfrüchten vom 24. November 1917 (Reichsgesetzblatt S. 1082); eine Wiederaufhebung oder auch nur Milderung dieser gesetzlichen Bestimmung kommt nicht in Frage. Die Landwirte haben sich also unbedingt darauf einzurichten, daß der Preisabfall mit dem 1. März eintritt; es liegt daher in ihrem eigenen Interesse, soviel wie möglich bis zu diesem Zeitpunkte abzugeben.

Das Ministerium hat, jedenfalls aus Anlaß einer kürzlich erfolgten Gerichtsentscheidung, über Verdrängung und Wahlvorschriften für Selbstwähler folgende Bestimmung: Vor der Beförderung der zu bearbeitenden Punkte zu dem Betriebe, der die Verarbeitung vornehmen soll, haben die Selbstwähler die Erde mit dem vorgeschriebenen Anzeigepflicht zu versehen, aus dem sich Inhalt der Erde nach Fruchtart und Gewicht, sowie Name und Wohnort des Selbstwählers ergeben.

(*) Ehen, 12. Jan. Unsere Kirche ist in diesem Jahre durch etwa 20, im Längstinn geheimerweise betriebene elektrische Verbindungen bereichert worden. Der Dombau des Paramentenvereins, welche zu so gutem Gedeihen und Gedeihen für die Ausrichtung des Gottesdienstes sorgen, bedürft unser Lob und unsere Anerkennung.

Stümpfen, 14. Jan. Bis jetzt haben auf dem Felde der Erde aus unserer Gemeinde 137.

(*) Gedenkst, 14. Jan. Frau Fund, die von früheren Zufallsdekreturen her hier noch in guter Erinnerung steht, eröffnet demnächst hier einen neuen Kurs, auf den wir unsere Leserinnen auch an dieser Stelle aufmerksam machen.

Cloppenburg, 14. Jan. Das Amt weist erneut darauf hin, daß Sa a t u r r gegen Sa a r t e abgeben werden darf. Vom 14.—21. Jan. erhält jeder B u t t e r k a t e m b e i s e r 45 Gr. Butter und 45 Gramm Margarine.

Cloppenburg, 14. Jan. G e m e i n d e l i c h e Arbeit müssen bis zum Mittag des 16. Jan. beim Stadtmagistrat angemeldet sein, falls dieselben bei Futtermittelverweigerung berichtigt werden sollen.

Cloppenburg, 14. Jan. Herr Landtagsabg. Bürgermeister F e i g e l hielt in der letzten Versammlung des Rath. Arbeitervereins einen Vortrag über die Feuerungszulage für die Beamten und hauptlichen Arbeiter, die kurz vor Weihnachten im Landtage v. handelt worden ist. In klaren Ausführungen verbreitete sich der Redner über die Notwendigkeit der Zulagen, über die Größe der einzelnen Posten und ihre Vorzüge vor denen des uns umklammernder Nachbarstaates Preußen. Mit gepaarter Aufmerksamkeit folgte, wie die W. Z. schreibt, die große Versammlung den Worten des Redners, für die die Mitglieder des Vereins auch aus dem Grunde ein höheres Interesse hatten, weil viele aus ihrer Mitte zu den hauptlichen Arbeitern gehören. Sodann gab der Herr Bürgermeister Feigel noch einen Bericht über den unmittelbaren Erfolg des Landtags eingetragenen Sch u l a n t r a g e s, der unter hauptlichen Gütern, nämlich die konfessionelle Errichtung der Kinder, mit Gefahr bedroht. Mit Worten flammender Entrüstung gestellte er die Kulturkampfsgefühle der Volkspartei des Landtags mitten im Burgfrieden. Redner schloß mit der Mahnung, allezeit zum Zentrum zu stehen, das eine wahre Volkspartei sei und die Interessen aller Stände vertrete, insbesondere darin seine vorzüglichste Aufgabe sehe, die heiligsten Güter des christlichen Volkes zu beschützen. Daß diese Mahnung in aller Herzen lebhaften Widerhall gefunden habe, bezeugte der reiche Beifall.

Cloppenburg, 11. Jan. Realprogramm a s i u m. Es scheint vielfach nicht recht bekannt zu sein, daß das hiesige Realprogramm gymnasiale Nebenfächer hat, daß also neben dem realgymnasialen auch der gymnasiale Lehrplan an dieser Schule durchgeführt wird. An den drei unteren Klassen ist zwar der Unterricht für alle Schüler vollkommen derselbe. Von der Untertertia an aufwärts aber werden die Schichten in mehr in einigen Fächern, so in Religion, Deutsch, Geschichte, Erdkunde usw. gemeinsam unterrichtet, getrennt, während die Realgymnasialen von dieser Stufe an auch Unterricht im Englischen erhalten, beginnt für die Gymnasialen gleichzeitig auch der Unterricht im Griechischen. Nach erfolgreichem Besuch der Untertertia können die Gymnasialen ohne weiteres in die Obertertia eines Gymnasiums, die Realgymnasialen in die Obertertia eines Realgymnasiums übergehen.

Freibosch, 14. Jan. Nach Antritt des Postzuges beginnt im Postgebäude ein u n g e h ö r l i c h e s Treiben der Kinder, daß Gegenstände dort nicht sicher sind vor den Beschimpfungen. Hoffentlich wird für Abhilfe gesorgt.

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 15. Jan.

Bericht des Landesarbeitsnachweises über die Lage des Arbeitsmarktes im Herzogtum Oldenburg im Dezember 1917.

Im allgemeinen sind gegenüber dem Vormonat wesentliche Veränderungen nicht eingetreten.

Die Zahlen der offenen Stellen, der Stellenwuchsenden und die der Vermittlungen sind zurückgegangen. Es wird dies hauptsächlich auf die Feiertage zurückzuführen sein.

In der Landwirtschaft ging die Nachfrage noch mehr zurück. Teilweise war in Oldenburg ein Ueberangebot vorhanden.

Die Metallindustrie hatte anhaltend großen Bedarf an gelernten Kräften aller Art.

Sinnlich der Holzindustrie, des Nachschmittels, des Bekleidungs- und Reinigungsgewerbes waren keine Veränderungen bemerkbar.

Im Baugewerbe fehlten hauptsächlich Maurer und Dachbeder. Des starken Frostes wegen konnten Mitte des Monats und vor den Weihnachtstagen arbeitende Eid- und Bauarbeiter nicht sämtlich untergebracht werden.

Rühbarer Mangel zeigte sich an Fabrik- und anderen ungelerten A. betern. Nur ein kleiner Teil der Nachfragenden konnte befriedigt werden.

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt konnten Nachfrage und Angebot allmählich annähernd ausgeglichen werden. Nur für häusliche Dienste blieb das Angebot hinter der Nachfrage erheblich zurück.

Aus der Grenzlandkompanie und dem Leidfrantenlazarett wurden in Nürtingen 49 Leute vermisst.

(*) Für etwa 2500 M. Sämereien hatte der in der Kraatzschen Gärtnerei in Ratzebe beschäftigte Samensort bemerkt wurde, konnte der Verlust, wollte, festgenommen und der Samen der bestohlenen Firma zurückgegeben werden.

(*) Hier Fund. In dem Nachlaß eines kürzlich hier verstorbenen Rentners, eines Sonderlings, wurden in einem Schranke außer erheblichen Wer-

ten in Papieren auch ein Barbestand von 1160 M. in Gold gefunden.

Für den Ausbruch für Kriegshilfe sind einschließlich der Dezember-Geldsammlung bis Ende 1917 insgesamt 825 363,97 M. eingegangen. Da die Sammlung und damit auch die Ausgaben fortwährend weiter steigen, wird auch für das neue Jahr um reichliche Gaben gebeten.

Der Rat der Arbeitervereine hielt am Sonntag eine Versammlung ab, in der Sekretär Sante an der Hand der vom Oldenburgischen Arbeitervereine jurisch, nach einer eingehenden Aussprache wurde einstimmig der Beschl. gefaßt, die Vereinsbeiträge vom 1. Januar ab um 35 auf 50 Pf. monatlich zu erhöhen. Erweiterte beehrte die Versammlung des Mittelbundes Oberfür, der als Frankfurter in einem Beso. bezugnehmend einer städtischen Krankenkasse erlegen ist, wie bei besterben Herrn Wühlhans sen., der lange Jahre hindurch in Oldenburg die Sparkassenbeiträge ein sammelte. Wichtig wurde die Notwendigkeit betont, die hier besonders aus dem Winterlande Zugehenden sofort für die Sache des kathol. Arbeitervereins und der christlichen Gewerkschaften zu gewinnen.

Die Errichtung eines Kleinkinderheims im nördlichen Stadtteil wird neuerdings angestrebt, damit die Kinder von Frauen, die nach der Mütteranstalt gehen, Obdach und Aufsicht sowie Verpflegung erhalten.

Schwer enttäuscht wurden hier gestern zahlreiche Mitglieder der Stadtgemeinde. Ihnen war der Bezug von Kunstblumen vom Kleingartenverein versichert worden. Mit Wagen und Säden kamen all die Interessierten — zum Teil von weiter her — zur Abholung. Sie mußten alle enttäuscht zurück nach Hause gehen, weil der Wagen mit dem Kunstblumen nicht entzogen war.

Der Jirkus Altkhoff wird hier zumzeit stark besucht. In den Samstags- und Sonntag-Veranstaltungen war das „Haus ausbehalten“. Die Vorstellungen waren erfolgreich und boten reiche Abwechslung. Der junge Herr Altkhoff konnte mit seinen bewährten Pferden und mit seinen vier stamelen herodotragende Leistungen aufweisen. Als vorzügliche Schutzeerin erwies sich Fel. P a m e r m e i e r, während Minnie M i r o m in der Gesangsnummer Schöne leistete. Weiter sind noch zu nennen die Leistungen von Fel. D i t a u u als Stehend-Reiterin, von R a n g e l l e als Kopfläufer und Springer und der beschickenen K l o n o s, die dafür sorgten, daß das Publikum über die Pausen gut hinwegkam.

Soldaten waren gestern den ganzen Tag damit beschäftigt, den S c h n e e von den Pferdebesitzen in Wagen zu schaffen und dann in die Straße zu werfen. Unangenehm fiel auf, daß die hauptlichen Arbeiter auf der Amalienbrücke Salz streuten, um den Schnee zum Laufen zu bringen. Das Salzweg ist bei den meisten schon lange nicht mehr so feilber, da sollte Salzstreuen doch verboten sein.

Die Landtagswahl ist auf den 23. Februar bezeugt worden. Die Wählerlisten liegen vom 16. bis 22. Januar im Zimmer 22 des Rathhauses zur Einsicht aus.

Auf dem Januar-Abchnitt der Petroleumkarte entstehen: bei den braunen Karten 4 Wier, bei den rosa Karten 2 Wier, bei den grünen Karten 3 Wier und bei den blauen Karten 4 Wier. Infolge der durch den starken Schneefall hervorgerufenen Verkehrsschwierigkeiten hat bisher nur eine Anzahl von Geschäften der inneren Stadt besetzt werden können. Die Bekleidung der übrigen Geschäfte wird noch bekanntgegeben.

Der Amtsvorstand macht bekannt: Vahengeschäfte, welche dem hauptlichen Elektrizitäts- oder Gaswerk besetzt werden, dürfen vom 15. Januar d. J. an bis weiter an Wochentagen nur von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags und auf dem Nachmittagsgeschäft wochentags von 7—8 Uhr abends elektrisches Licht oder Gaslicht gebrauchen.

Die neue Werts. Wie dem „Berl. Tageblatt“ gemeldet wird, beabsichtigt ein unter Führung des Bankhauses S. Bleichröder stehendes Konsortium in Ardenham-Einsparungen eine Werts für den Gesellschaft zu errichten. Es soll eine Aktien-Gesellschaft mit 5 Millionen Mark Kapital gebildet werden. Gegenständig werden Verhandlungen über die Bekleidung der Werts. erforderlich. Genehmigung der Landeszentralbehörde zur Errichtung der Aktiengesellschaft zu erhalten. Wie die „Berl. Ztg.“ hierzu von orientierter Seite erzählt, handelt es sich bei diesem Unternehmen um eine von Direktor Burmeister-Nordenham ins Leben gerufene Gründung.

In die Mitgliedsvertretung der Ostfrieser Lebensversicherungsgesellschaft wurde Vordirektor Wag t o m D i e d g e w ä h l t.

Die Deutsche Turnerschaft, der auch die hiesigen Turnvereine angehört, hat, um den nach dem Kräfte an die bevorstehenden Anforderungen gewachsen zu sein, den Jahresbeitrag von 6 auf 20 Pf. erhöht und auch auf Jugendliche unter 17 Jahre und Frauen ausgedehnt.

Sämtliche Lebensmittelarten sind einer die hiesigen Familie in einer Verkaufsstelle des Konsumvereins abhandeln gekommen.

(Delmenhorst, 15. Jan.)

Beschlagnahm wurde heute morgen auf dem hiesigen Bahnhof ein größeres Quantum Fleisch von einem frisch geschlachteten Schwein. In der vergangenen Nacht hatten E i n b r e c h e r den Geflüßräumen der Firma Gebr. Leffers einen Besuch ab. Der Einbrecher gelangte durch ein Oberlicht im Eingange des neuen Geschäftshauses, das losgesägt hat, in die Räume und entwendete mehrere Ängse. — Aus der Wirtschaft Barre wurden mittels Einbruchs Zigarren und Zigaretten gestohlen. Auch hier gelangte der Dieb durch ein Fenster in das Innere. — In die Woll-

rei C... wurde abermals eingebrochen. Es wurden ca. 200 Pf. Butter gestohlen.

Karel, 12. Jan. Der Firma Langenheinen u. Mehl sind in der Nacht zum Freitag für 9000 bis 10 000 Mf. an Waren gestohlen: seidene und Wollewaren, schwarze Wäntchen, Damenermäntchen, farbige seidene Mäntel, weiße Kinderkleider, Stoffjaden, einige hundert Meter Kattunseide, Belg. garnituren usw. Gest. von einigen Monaten ist in dasselbe Geschäftshaus eingebrochen; damals entwendeten die Diebe Stoffstücke im Werte von 3000 Mf.

Nach und Fern.

Brandig, 14. Jan. Bürgermeister Dr. Efels, der seit 10 Jahre die Geschichte unserer Stadt leitete, ist an einem Ohrliden in noch jugendlichem Alter von 37 Jahren gestorben.

Wetter-Aussichten.

Unberechtigter Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.

16. Jan. Wenig verändert.

17. — Wolkig, teils heiter, ziemlich milde.

18. — Regen verändert.

19. — Wolkig, vielfach Sonne, Temperatur wenig verändert.

Briefkasten.

In mehrere. Das Katharinen-Abzeichen ist an sämtliche Angehörige des Korpsportvereins beiliegen worden. Es wird ein der Mäße zwischen den Katernen getragen.

Patent-Schau.

Zusammengestellt vom Patentbureau Johannes Koch, Berlin N.O. 18, Str. Frankfurter Straße 59. Abgedruckt in Blüth. — Auskünfte kostenlos.

Georg Kaufmann, Nürtingen: Wählmaschinen: Schloßapparat für elektrische Fernübertragung und Wählmaschinen. Gedächtnisapparat. Ludwig Müller, Nürtingen: Gardinenzugvorrichtung. Ort. Pat.

Neueste Nachrichten.

Der chaotische Zustand in Rußland.

tu. Amsterd., 15. Jan. (Draht). Aus Petersburg wird gemeldet: Der chaotische Zustand dauert fort. In Kiewa im Moskauer Gebiet haben Kämpfe mit den Revolutionären stattgefunden. Es gab 12 Tote und 120 Verwundete. Die Soldaten in Petersburg reifen in die Provinz, um von dort Lebensmittel heranzuführen. Sie verkaufen diese zu ungebührlich hohen Preisen in der Hauptstadt. Soldaten bemächtigen sich der Eisenbahnwagen. Sie hängen sich an die Triebwagen. Es sind infolge dessen viele Unglücksfälle vorgekommen. Viele sind auch Opfer der großen Kälte geworden. Das Privatpublikum findet keine Gelegenheit zum Reisen und muß oft tagelang auf Zugverbindungen warten. Die Revolutionäre haben sich einen Semstwo in Moskau bemächtigt.

Verhandlungen über die Zurückziehung der russischen und türkischen Truppen aus Persien.

tu. Genf, 15. Jan. B. J. Dem Journal des Debats wird aus London telegraphisch, die Admiralität erhielt auf drahtlosem Wege die Mitteilung, daß die Kassen der persischen Regierung eine Note übergeben, um die Verhandlungen über die Durchführung der Zurückziehung der russischen und türkischen Truppen nach Ziele zu führen.

Amerikas Geldvorschuß an die Alliierten.

tu. Genf, 15. Jan. (Draht). Havas meldet aus Washington, die Gesamtsumme der den Alliierten gewährten Darlehen seitens America beträgt 4 235 000 000 Dollar, darin eingerechnet das Darlehen von 2 Millionen, die am Sonnabend an Serbien bezahlt wurden.

Das Grubenunglück in England.

tu. Amsterd., 15. Dez. (Draht). Reuter meldet aus London, daß nunmehr feststehe, daß 160 Grubenarbeiter bei dem Unglück in Halmerand umgekommen seien. 14 Leichen sind bisher aus dem Bergwerk herausgeholt worden, während 146 noch unter den Trümmern begraben liegen.

Deutscher Tagesbericht.

W.B. Erbes Hauptquartier, 15. Januar. Amlich. (Draht).

Westlicher Kriegsschauplatz. Keine besonderen Ereignisse. An verschiedenen Stellen der Front Artilleriekämpfe.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Mazedonischer Front. Die Lage ist unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz. Starke Angriffe, die der Italiener gegen die österreichisch-ungarische Stellung am Monte Alonone und Monte Perico führte, sind unter schweren Verlusten gecheitert. Die tagelange in den Angreifungsfronten anhaltenden Feuerkämpfe dehnten sich teilweise nach Westen über die Brenta, nach Osten bis zur Piave aus. Auch längs der unteren Piave und in Verbindung mit den italienischen Vorstößen im Piave-Delta war die Artillerietätigkeit vielfach gesteigert.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludenboff.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Westh. Druck und Verlag: Westh. Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Verleger), Westh.

Ehren-Tafel.

Ausgezeichnet wurden: Mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse: ...

Musik. Erich Brud aus Oldenburg, Gebr. G. Wendeln aus Westrup, ...

Den Heidenstein errichten: Musik. Benh. Ende aus Cloppenburg, ...

Zulagen zu Renten aus der Invalidenversicherung.

Durch eine Bekanntmachung vom 8. Januar 1918 hat der Bundesrat bestimmt, ...

Die vom Bundesrate getroffene Regelung geht auf verschiedene Anregungen des Reichstages, ...

Der ergränzten Entschliessung ist durch ein Rundschreiben des Reichsanzeigers an die Bundesregierungen ...

nicht überall zu erreichen war, ist die erweiterte Fürsorge ...

Die neue Fürsorge ist zeitlich beschränkt worden; sie soll nur für die 11 Monate vom Februar bis Dezember 1918 gewährt werden.

Die hohen Kosten der durch die Bekanntmachung vorsehenden Leistungen ...

Die Berechtigten der durch die Zulage ...

schwid zu erteilen und die Post zur Zahlung anzuweisen, eine Arbeit, die für mehr als eine Million Rentenempfänger geleistet werden müsste.

Die Minderbemittelten der Verwaltungsschwierigkeiten der Versicherungsträger hat auch dazu geführt, den Personkreis, dem die Zulage zuteil werden soll, auf Invaliden, Witwen- und Waisenrentenempfänger zu beschränken.

Das die Aufbringung der Kosten für die Zulage betrifft, so ist bemängelt worden, daß sie nicht allein vom Reiche getragen werden, sondern auf die Versicherungsträger abgewälzt seien.

Durch die Zurückzahlung in Teilbeträgen ist der nicht günstigen Vermögenslage einiger Versicherungsträger hinreichend Rechnung getragen.

Achtung! Enten, Hühner, Kaninchen bis pro Pfund Lebendgewicht. Tauben, Krähen etc. höchste Preise. Vechta. L. Leeuwarden.

Spirituosen (auch Restposten). Preise sind inkl. Glas und Verpackung frei Abholung zu stellen. Angebote mit Alkoholgehalt unter 50 an die Expedition d. Bl.

Kaufe Spörgelamen zu höchsten Preisen. H. Bröring, Dinklage.

Alle Dampfhebel und Maschinen, Fließleitungen u. Gasmotoren aller Art, Feldbahnmaterialien, Anschlußgeräte auf Wunsch, ganze Fabrikricht, gesucht. Angebote sofort erwünscht. Schreyer, Bremen, Verden 68.

Zu vermieten eine große, geräumige Oberwohnung zum 1. Mai. Nachfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Karbid für Dezember kann abgeholt werden. H. Holtvogt, Vechta.

Kaninchen laufe ständig. Zahl pro Pfund Lebendgewicht bis 2.55 Mk. Frz. Suerdieck, Vechta.

Kommunion-Anzüge, blau und farblich, nur gute Qualitäten. Stoffe, reinwollener Cheviot, blau und schwarz. M. Schulmann, 38 Achtenstr. Oldenburg. Achtenstr. 38

Mobilien-Verkauf. Am Donnerstag, 17. Jan. 1918, nachmittags 1 Uhr beginnend, soll aus dem Nachlaß des verstorbenen Oberlehrers Bauer hiersebst ...

1 Kochherd, 1 zweitüriger Kleiderhryant, 1 Nähmaschine, 1 Fahrrad, mehrere Bilder, Blumenständer, Ampel, Einmachegläser, 1 Kinderwagen, 1 Kinderbettstelle, Kinderbadewanne, 1 eiserne Bettstelle, Waschkücher, Gartennöbeln, Gartengeräte etc. etc.

Ein Mädchen sucht zu Mai Stellung, am liebsten auf dem Lande bei älteren Leuten. Frau Vichtenstein, Vechta.

Schlosser-Lehrling Angebote unter Nr. 174 an die Geschäftsst. d. Bl.

Auf dem Verkauf Thote am Donnerstag wird 1 hochtragende, milchgebende Kuh, 1 jährige, hochtragende Duene, im März laufend, mit verkauft. Ostendorf, Dinklage.

Prima Speise-Salz liefert prompt jedes Quantum Ernst Lohrengel, Oldenburg, Telefon 1416.

Oldenburgische Spar- & Leih-Bank mit Filialen in Brake, Cloppenburg, Delmenhorst, Elsfleth, Feer, Lohne, Nordenham, Ovelgönne, Barel, Westerstede und Wilhelmshaven. Monatsübersicht per 1. Januar 1918.

Die Direktion. Kassabestand, Aktiva, Passiva, etc.

1 Mill'on Steine nach Station Luiten oder Goldenstedt zu vergeben. Umgebende Angebote für 1000 Steine erbeten. Rastede i. D. H. Thjen & Sohn.

Holz-Verkauf Am Donnerstag, dem 24. Januar, nachmittags 1 Uhr, läßt der Joller S. Dietes zu Gastrop auf seinem Hofe beim Hauje ...

50 Nummern lange, schlanke, schwere Eichen, 50 Nummern gut. eichen Brennholz, 1 starke Eiche und 1 starken Kirchbaum öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkauft. Goldenstedt. D. Saele.

Der Vechtaer Kalender für das Jahr 1918 ist vergriffen. Vechtaer Druckerei und Verlag, G. m. b. H., Vechta.

Ein Näh- und Zuschneide-Kursus beginnt am 1. Februar, nachmittags 2 Uhr bei Frau Witwe Fund in Goldenstedt. Junge Mädchen, welche sich daran beteiligen wollen, können sich bis zum 20. Januar melden. Gebühr 6 Wochen. Preis 25 Mk. Frau Fund, Goldenstedt.

Die Geburt eines gesunden Knaben zeigen hochehrent an. W. Hölzen u. Frau Hanny geb. Löhr.

Todes-Anzeige. Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratsschiffe gefallen, gestern abend 10 Uhr meine liebe Frau, meiner Kinder treuherzige Mutter, die Ehefrau Eigner H. Aumann geb. Zumbrodel nach längerer Krankheit, wohl vorbereitet durch einen christlichen Lebenswandel und dem Empfang der hl. Sakramente zu sich in ein besseres Jenseits zu nehmen. Mit der Bitte um ein erbächtiges Gebet für die teure Verstorbene zeigen dies tiefbetrübt an. Der trauernde Gatte nebst Kindern. Brägel bei Lohne, den 14. Jan. 1918. Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, dem 17. Januar, morgens 10 Uhr in Lohne, mozt Verwandte und Bekannte eingeladen werden.